WP-1-167 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: Antje Grothus (KV Rhein-Erft-Kreis)

Änderungsantrag zu WP-1

Von Zeile 167 bis 169 einfügen:
Zentrum, damit alle Dörfer bleiben. Mit einem Abrissmoratorium werden wir eine weitere sinnlose Zerstörung von Infrastruktur und Heimat verhindern.Wir setzen uns darüberhinaus ein für die besitzseitige Erhaltungs- und Instandhaltungspflicht des Gebäude-Bestandes und der gewachsenen dörflichen Strukturen und eine Nachnutzung für den unter Druck stehenden Wohnungsmarkt. Bereits umgesiedelte Menschen sollen ein Vor- und Rückkaufsrecht erhalten. Bei der Entwicklung der Dörfer zu lebenswerten und zukunftsfesten Dörfern der Zukunft sollen die verbliebenen Anwohner*innen bevorzugt Mitspracherechte erhalten und für die Anpassung an die Klima-Neutralität Mittel vom Land bereitgestellt werden.
Wir tragen zur Verbesserung der Lebensqualität in allen Tagebauranddörfern bei. Dazu gehören die Minimierung der Auswirkungen der laufenden Tagebaubetriebe u.a. durch einen Mindestabstand von mindestens 1.000 Metern zwischen Wohngebäuden und dem Tagebau.
Um den Kohleausstieg für alle sozial verträglich zu gestalten, setzen wir uns für die Abschaffung von Zwangsumsiedlungen und Enteignungen für Kohle, Sand und Kies ein.

Begründung

Jahrzehntelang wurden die Rechte der vom Braunkohletagebau betroffenen Menschen mit Füßen getreten. Ca. 45.000 Menschen wurden aus ihrem Zuhause vertrieben und an die 125 Ortschaften und Höfe, und damit alte gewachsene Siedlungsstrukturen zertört. Grubenrandanrainer*innen leiden unter entsetzlichen Beeinträchtigungen und gesundheiltichen Bealstungen, da die Abstände zu den Tagebauen teilweise nur 200 Meter betragen müssen (halbe Abteuftiefe). Wir haben die Pflicht die Tagebaurandkommunen bei der Reaktivierung zu unterstützen und eine hohe Lebensqualität sicherzustellen. Grubenrandkoalitionen und andere aktive Gruppen haben im Leitentscheidungsprozess plausibel begründet und dargelegt, dass die Grubenranddörfer, aber auch Feldhöfe(Eggerather Hof, Roitzer Hof), größere Abstände zum Grubenrand benötigen, um die Menschen bestmöglich zu schützen.

Die detaillierten Forderung zur Reaktivierung und Wiederbelebung sind vor dem Hintergrund der Erfahrungen, die im Dorf Morschenich gemacht wurden, essentiell. Dort lässt RWE die Häuser verfallen, sie werden nicht mehr geheizt, es werden keine Reparaturen (Abflussrohre, defekte Dachfenster etc.) mehr vorgenommen, so dass die Häuser irgendwann als nicht mehr "verkehrssicher" eingestuft werden und abgerissen werden müssen. Die Sicherungspflicht der Immobilien nimmt RWE in die Pflicht, sichert Wohnraum und verhindert einen flächendeckenden Abriss um in den Dörfern große Gewerbgegebiete entstehen zu lassen.

Unterstützer*innen

Lilo Schmitz (KV Rhein-Erft-Kreis); Isabel Elsner (KV Düren); Yvonne Elisabeth Anna Zimmermann (KV Rhein-Erft-Kreis); Martin Bender (KV Rhein-Erft-Kreis); Britta Bojung (KV Rhein-Erft-Kreis); Bela Kassan (KV Rhein-Erft-Kreis); Marion Küke (KV Rhein-Erft-Kreis); Anne Klein (KV Rhein-Erft-Kreis); Adalbert Niemeyer-Lüllwitz (KV Bielefeld); Irmgard Pehle (KV Herford)